

Bericht des Vorstandes

Lagebericht

Das Geschäftsjahr im Überblick

Die gesamtwirtschaftliche Situation hat sich 1997 im Vergleich zum Vorjahr leicht verbessert. Nach Schätzungen des Deutschen Industrie- und Handeltages lag das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts 1997 bei ungefähr 2,5 %. Für die private Krankenversicherung blieben die allgemeinen konjunkturellen Rahmenbedingungen dennoch im Berichtsjahr weiterhin schwierig. Wachstumsimpulse erhielt die Branche durch die Leistungskürzungen in der gesetzlichen Krankenversicherung im Zuge der dritten Stufe der Gesundheitsreform. Mit dem Krankenversicherungs-Neuordnungsgesetz, das zum 1. Juli 1997 in Kraft getreten ist, wurden Leistungsausschlüsse und -kürzungen vor allem im Zahnersatzbereich, aber auch beim Krankengeld und bei Kuren eingeführt. Eine große Zahl gesetzlich Versicherter hat sich als Reaktion auf die Gesetzesänderungen für eine private Zusatzversicherung entschieden oder eine private Vollversicherung abgeschlossen.

Die CENTRAL KRANKENVERSICHERUNG AG kann auf ein sehr erfolgreiches Geschäftsjahr 1997 zurückblicken. Die Prämieinnahmen sind im Berichtsjahr um 9,6 % auf 1.853 Mio. DM (1.690 Mio. DM) gestiegen (Vorjahreswerte auch im folgenden in Klammern). Damit liegt das Wachstum der CENTRAL erneut deutlich über dem der Branche. Im Juli des Berichtsjahres überschritt die Zahl der versicherten natürlichen Personen erstmals in der Geschichte der Gesellschaft die Millionengrenze und stieg auf 1.091.480 (933.826). Der Versichertenbestand der CENTRAL konnte damit zum Bilanzstichtag um 157.654 Versicherte erhöht werden. Hiervon sind etwa ein Sechstel ehemalige Versicherte der SAVAG Saarbrücker Krankenversicherungs-AG, die im Rahmen einer Unternehmensfusion in der CENTRAL aufgegangen ist. Dazu sind 52.043 (51.017) Mitglieder der Postbeamtenkrankenkasse oder der Krankenversorgung der Bundesbahnbeamten zu zählen, die in der von der PKV getragenen Mitversicherungsgemeinschaft eine gesetzliche Pflegepflichtversicherung unterhalten. In den vergangenen zehn Jahren konnte die Zahl der CENTRAL-Versicherten nahezu verdoppelt werden. Der Marktanteil hat sich in diesem Zeitraum um etwa ein Viertel vergrößert.

Die Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung sind im Berichtsjahr im Vergleich zum Vorjahreswert um insgesamt 13 % auf 1.145 Mio. DM gestiegen (1.013 Mio. DM).

Trotz des starken Neuzuganges gelang es, die Kostenquoten in der Größenordnung des Vorjahres zu halten. Die Abschlußkostenquote betrug 13,60 % (13,42 %); die Verwaltungskostenquote 3,58 % (3,52 %).

Der Bestand an Kapitalanlagen ist im Berichtszeitraum um 22 % auf 4.080 Mio. DM (3.344 Mio. DM) gewachsen. Die Erträge aus Kapitalanlagen stiegen um 29 % und erreichten 322 Mio. DM (249 Mio. DM). Die Nettoverzinsung konnte auf 8,0 % (7,6 %) verbessert werden.

Der Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung wurden im Berichtsjahr 121 Mio. DM zugeführt (196 Mio. DM). Um Beitragsanpassungen teilweise oder vollständig zu finanzieren, wurden der Rückstellung 1997 44 Mio. DM (173 Mio. DM) entnommen (nähere Erläuterungen hierzu auf Seite 23). Insgesamt ist die Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung auf 322 Mio. DM (278 Mio. DM) angewachsen. Damit stieg auch die RfB-Quote (PKV-Kennzahl A.2) auf 22,14 % (16,44 %). In die Rückstellung für erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung wurden 73 Mio. DM eingestellt und 2 Mio. DM entnommen. Im ganzen wurden der Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung damit 193 Mio. DM zugeführt und 46 Mio. DM entnommen. Die Überschußverwendungsquote (PKV-Kennzahl A.5) beträgt 1997 83,59 % (85,58 %).

Das Geschäftsjahr 1997 schließt mit einem Jahresüberschuß von 42 Mio. DM (40 Mio. DM) ab. Nach Einstellung von 21 Mio. DM (18 Mio. DM) in die anderen Gewinnrücklagen ergibt sich ein Bilanzgewinn von 21 Mio. DM (22 Mio. DM).

Geschäftliches Betätigungsfeld

Das geschäftliche Betätigungsfeld der Gesellschaft umfaßt alle in der Sparte betriebenen Versicherungsarten (Krankheitskostenvollversicherung, Krankheitskostenzusatzversicherung, Krankentagegeldversicherung, Krankentagegeldversicherung, Pflegepflichtversicherung, Pflegekrankenversicherung sowie Reisekrankenversicherung und Restschuldversicherung). Darü-

ber hinaus vertreibt die CENTRAL die Produkte der Unternehmen der Aachener und Münchener Gruppe.

Bestandsentwicklung

Der Versicherungsbestand, gemessen in Monatsollbeitrag, ist 1997 gegenüber dem Vorjahreswert um 4,8 % auf 154 Mio. DM gestiegen (147 Mio. DM).

Der Geschäftsverlauf in den einzelnen Versicherungsarten

Von den gebuchten Bruttobeiträgen entfallen 1.094 Mio. DM (1.021 Mio. DM) auf die Krankheitskostenvollversicherung. Mit einem Anteil von 59 % (60 %) an den gebuchten Bruttobeiträgen ist dieses Marktsegment der wichtigste Geschäftsbereich. 218 Mio. DM (170 Mio. DM) entfallen auf die private Pflegepflichtversicherung. Ein Wachstum konnte auch in der Krankentagegeldversicherung mit 4,6 % und insbesondere in der Krankheitskosten-Zusatzversicherung mit 15,1 % erzielt werden. In der Krankenhaustagegeldversicherung zeigte sich ein leichter Rückgang von 2,2 %. Dies erklärt sich durch die Prämienenkungen, die die CENTRAL im Frühjahr 1997 bei den Tarifen der Krankenhaustagegeldversicherung vorgenommen hat. 294.353 Personen hatten im Berichtsjahr einen Vertrag gegen Einmalbeitrag (Restschuld- oder Reisekrankenversicherung) abgeschlossen.

Kapitalerhöhung

Die Hauptversammlung hat am 18. März 1997 beschlossen, das Grundkapital im Zusammenhang mit der für das Jahr 1996 gezahlten Sonderausschüttung um 2 Mio. DM auf 42 Mio. DM zu erhöhen. Hierzu wurden 40.000 neue Namensaktien zum Nennbetrag von 50,- DM je Aktie mit Dividendenberechtigung ab dem 1. Januar 1997 ausgegeben.

Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

Nach Paragraph 18 Aktiengesetz gehört die CENTRAL zum Konzern der AMB Aachener und Münchener Beteiligungs-Aktiengesellschaft. Die AMB Aachener und Münchener Beteiligungs-Aktiengesellschaft hielt insgesamt



Treppen- und Geländerdetail am Zugang zum Neubau

mittelbar und unmittelbar 99,4 % des Grundkapitals der Gesellschaft. Zum Bilanzstichtag hielt die AMB Aachener und Münchener Beteiligungs-Aktiengesellschaft dieses Grundkapital zu 17,76 % selbst und zu 81,64 % mittelbar über ihre Tochtergesellschaften Volksfürsorge Deutsche Lebensversicherung Aktiengesellschaft, Aachener und Münchener Lebensversicherung Aktiengesellschaft und Carl L. Hildebrand GmbH. 0,6 % des Grundkapitals befanden sich in Streubesitz.

Im Berichtsjahr ist die Integration der Konzerngesellschaften weiter fortgeschritten. Die AM Konzernrückversicherung Aktiengesellschaft ist mit der AMB Aachener und Münchener Beteiligungs-Aktiengesellschaft verschmolzen. Am 30. Juni 1997 hat die CENTRAL einen Beherrschungsvertrag mit der AMB abgeschlossen. Die Identität der CENTRAL als eigene Marke bleibt dabei erhalten.

Im Berichtsjahr ist die SAVAG Saarbrücker Krankenversicherungs-Aktiengesellschaft im Wege der Aufnahme durch Übertragung ihres Vermögens als Ganzes unter Auflösung und Ausschluß der Abwicklung auf die CENTRAL als übernehmenden Rechtsträger verschmolzen worden. Durch die Eintragung in die Handelsregister der Amtsgerichte Saarbrücken und Köln ist die Fusion von SAVAG Saarbrücker Krankenversicherungs-Aktiengesellschaft und CENTRAL seit dem 17. September 1997 rechtskräftig. Die Fusion wurde rückwirkend zum 1. Januar 1997 wirksam. Durch die Verschmelzung der beiden Unternehmen ist die SAVAG Krankenversicherung in der CENTRAL aufgegangen, und die Versicherten der SAVAG Krankenversicherung sind nunmehr Versicherte der CENTRAL. Die CENTRAL ist in die Rechte und Pflichten der SAVAG Krankenversicherung eingetreten, so daß sich hinsichtlich des Versicherungsschutzes für deren ehemalige Versicherten grundsätzlich keine Änderungen ergeben. Die Versicherungsverträge bleiben in vollem Umfang gültig.

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Die Anzahl der hauptberuflichen Mitarbeiter und Vertriebspartner ist im Berichtszeitraum von 2.147 auf 2.250 angewachsen. Im Innendienst der Hauptverwaltung, der Landesdirektionen und Geschäftsstellen waren Ende letzten Jahres 1.104 Mitarbeiter (1.082) beschäftigt. Die Zahl der im Außen-



Flur im Erdgeschoß mit Aufgang zur historischen Treppe

dienst tätigen hauptberuflichen Mitarbeiter und Vertriebspartner stieg von 1.065 auf 1.146. 54 Mitarbeiter befanden sich im Berichtsjahr in der Ausbildung. Alle 18 Auszubildenden, die 1997 ihre Prüfung abgelegt haben, konnten in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis übernommen werden.

Die Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat verlief konstruktiv und vertrauensvoll, so daß in allen wichtigen Fragen Einvernehmen erzielt werden konnte. Allen Mitarbeitern und Vertriebspartnern sprechen wir unseren herzlichen Dank und unsere Anerkennung für ihr Engagement und ihre Leistung aus.



Historische Treppe im Haus am Hansaring 38

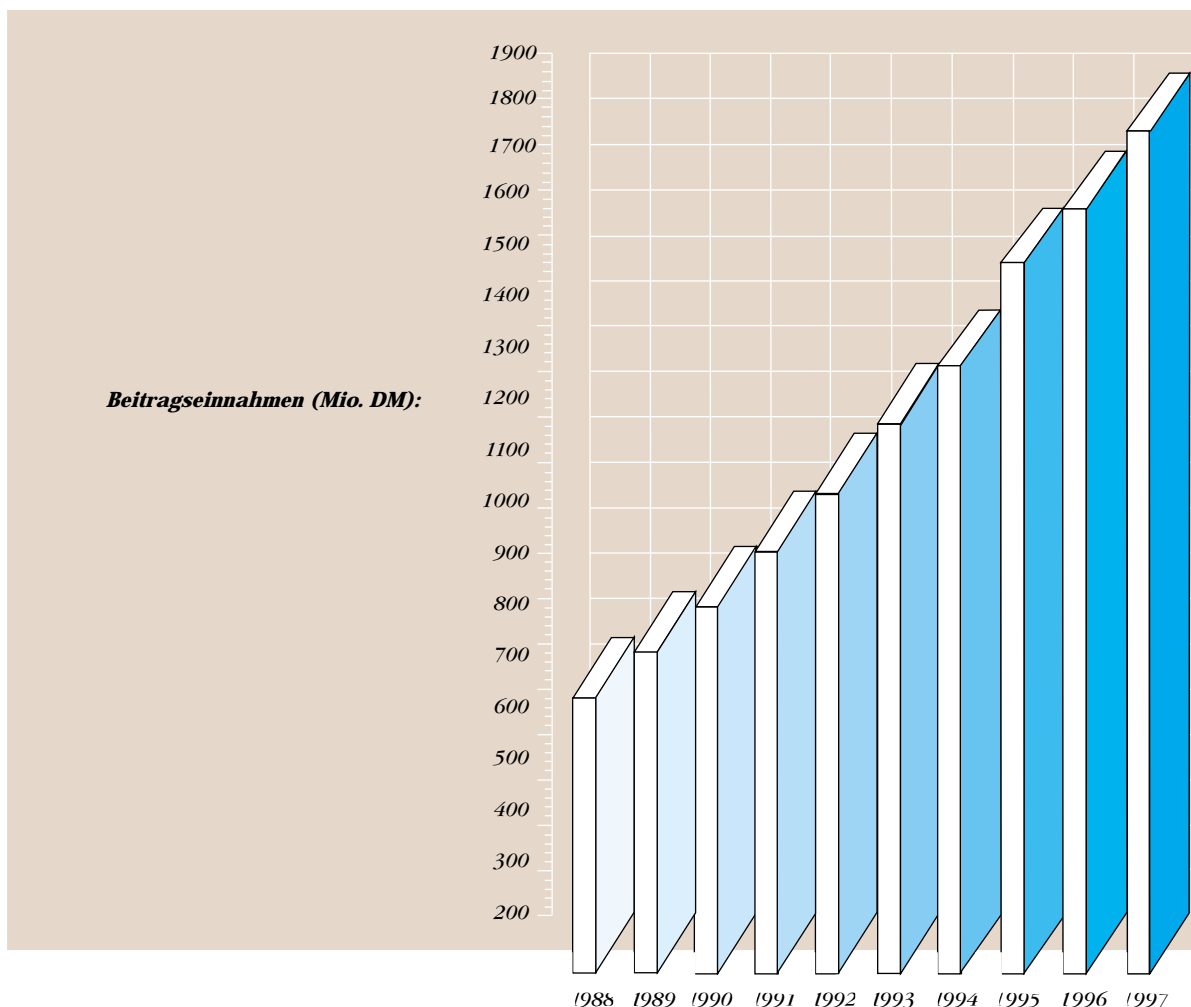
Weitere Informationen zum Geschäftsjahr

CENTRAL steigert Beitragseinnahmen um 9,6 %

Das von der CENTRAL realisierte Prämienwachstum von 9,6 % liegt wiederum deutlich über dem Vergleichswert der Branche.

Der Bestand an vollversicherten Personen wurde im Berichtsjahr um 7,15 % erhöht. Im Bereich der Zusatzversicherungen wuchs der Versichertenbestand um 20,13 % gegenüber dem Bestand am Bilanzstichtag des Vorjahres.

Alle Vertriebswege konnten 1997 deutliche Steigerungen ihrer Neugeschäftsproduktion gegenüber der des Vorjahres verbuchen. Besonders hohe Zuwächse in der Produktion erreichte im Berichtsjahr die Deutsche Vermögensberatung Aktiengesellschaft DVAG. Das gesamte Neugeschäft entfällt etwa je zur Hälfte auf die CENTRAL-Organisation und auf die Orga-

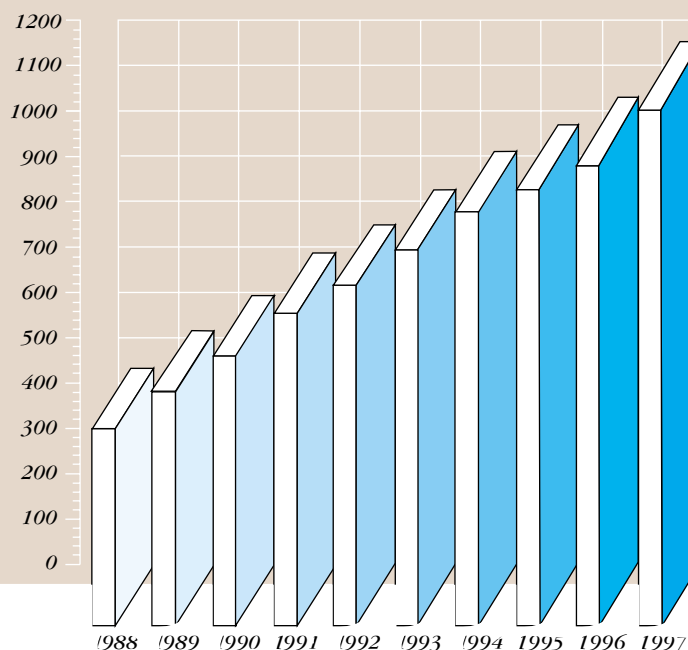


nisationen der Gruppengesellschaften. Von der Produktion der Gruppengesellschaften wurden mehr als zwei Drittel durch die DVAG erbracht.

Leistungsaufwendungen

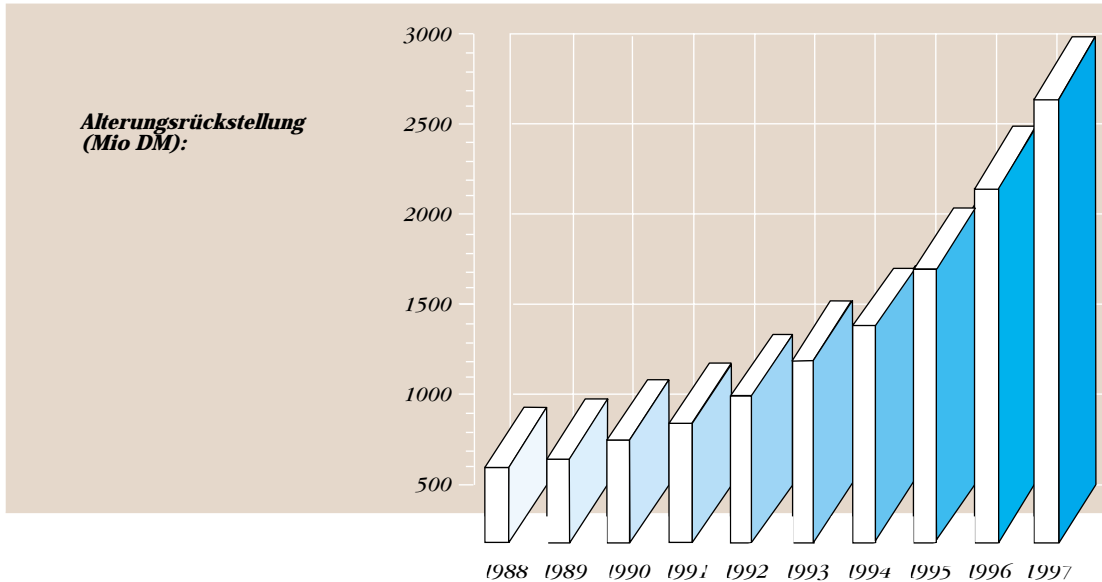
Die Leistungsaufwendungen sind 1997 auf 1.145 Mio. DM (1.013 Mio. DM) angewachsen. Das entspricht einem Anstieg von 13 %. In den einzelnen Leistungsbereichen verlief dabei die Kostenentwicklung unterschiedlich. Die Ausgaben für ambulante Heilbehandlung sind im Vergleich zum Vorjahr um 15 %, die Ausgaben für Heilmittel um 21,2 % und die Gesamtkosten für stationäre Behandlung um 14,5 % angewachsen. Die nach den Vorgaben des Verbandes berechnete modifizierte Schadenquote (PKV-Kennzahl B.2) betrug 76,38 % (70,39 %).

**Aufwendungen für
Versicherungsfälle
(Mio. DM):**



Alterungsrückstellung

Im Rahmen der erstmals für das Geschäftsjahr 1995 anzuwendenden Überzinsverwendungsvorschriften (Paragraph 12a Versicherungsaufsichtsgesetz) wurden 1997 insgesamt 50 Mio. DM (41 Mio. DM) aufgewendet.



Gegenüber dem Vorjahr entspricht das einer Steigerung von 22%. Der Zuführungsbetrag wird zur Hälfte der Rückstellung für erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung zugeführt. Diese Mittel werden zur Beitragsentlastung der Versicherten, die 65 Jahre oder älter sind, verwendet. Die Zuführung zur Alterungsrückstellung betrug im Berichtsjahr ohne Einmalbeiträge 376 Mio. DM (275 Mio. DM). Die Einmalbeiträge, die zur teilweisen oder vollständigen Finanzierung notwendiger Beitragsanpassungen verwendet werden, sanken 1997 von 186 Mio. DM auf 46 Mio. DM. Der niedrige Wert erklärt sich dadurch, daß 1997 weder in der Krankheitskostenvollversicherung noch in der stationären Zusatzversicherung nennenswerte Prämienanpassungen wirksam geworden sind. Insgesamt beträgt die Alterungsrückstellung zum Bilanzstichtag 2.990 Mio. DM (2.490 Mio. DM). Die Gesamtaufwendungen, bestehend aus den Aufwendungen für Versicherungsfälle einschließlich der Zuführungen zu den versicherungstechnischen Rückstellungen abzüglich der Einmalbeiträge sind 1997 um 11,8% auf 1.705 Mio. DM (1.525 Mio. DM) angewachsen.

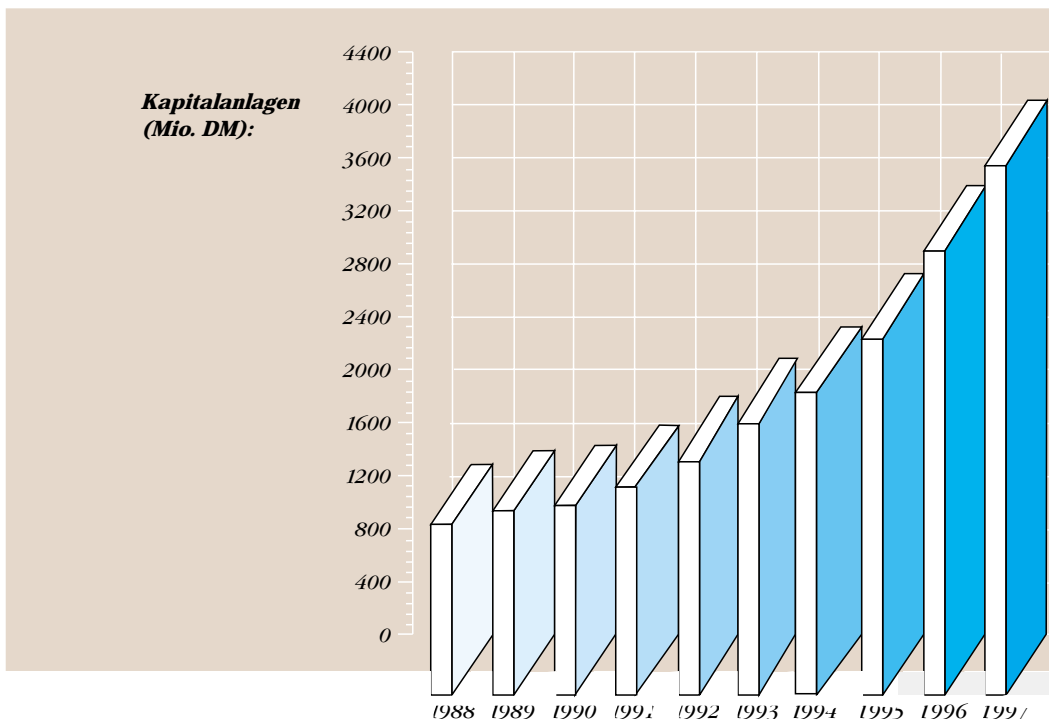
Kostenentwicklung

Bedingt durch das starke Neugeschäft haben die Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb um 11,2% auf 318 Mio. DM (286 Mio. DM) zugenom-



Blick vom Aufzugschacht in den Büroflur

men. Die Abschlußkostenquote (PKV-Kennzahl B.4) stieg von 13,42 % auf 13,60 %; die Verwaltungskostenquote von 3,52 % auf 3,58 %. Damit liegt die Verwaltungskostenquote (PKV-Kennzahl B.3) der CENTRAL voraussichtlich auch 1997 unter dem Referenzwert der Sparte.



Entwicklung der Kapitalanlagen

Der Kapitalanlagebestand ist um 22 % auf 4.080 Mio. DM (3.344 Mio. DM) gewachsen. Die Zusammensetzung des Kapitalanlagebestandes folgt der Zielsetzung einer angemessenen Mischung zwischen Nominalwerten (Schuldscheindarlehen, festverzinsliche Wertpapiere und Hypotheken) und Substanzwerten (Grundstücke, Aktien und Beteiligungen). Weiterhin entspricht sie dem Grundsatz der ausgewogenen Streuung nach Schuldnern und Regionen. Im Berichtszeitraum wurde insbesondere die Anlageklasse der Aktien und Investmentfondsanteile von 13,3 % auf 17,1 % des Kapitalanlagebestandes weiter ausgebaut.

Die Schichtung der Kapitalanlagen ist in der folgenden Übersicht dargestellt:

	1997		1996
	Mio.	%	%
Grundstücke	273,4	6,7	7,6
Anteile an verbundenen Unternehmen	196,9	4,8	5,5
Beteiligungen, andere Kapitalanlagen	2,9	0,1	0,1
Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	699,2	17,1	13,3
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	380,3	9,3	12,5
Hypothekenforderungen	41,4	1,0	1,1
Namenschuldverschreibungen	1.459,7	35,8	35,4
Schuldscheinforderungen und Darlehen	933,9	22,9	23,6
Übrige Ausleihungen	24,9	0,6	0,0
Fest- und Termingelder	67,8	1,7	0,9
	4.080,4	100,0	100,0

Durch den Ausbau der Aktien- und Investmentfondsanteilsquote und die erfreuliche Entwicklung des deutschen Aktienmarktes konnten die außerordentlichen Erträge aus Kapitalanlagen im Berichtsjahr um 105 % auf 75 Mio. DM (36 Mio. DM) gesteigert werden. Die Gesamterträge aus Kapitalanlagen sind dadurch um 29 % auf 322 Mio. DM (249 Mio. DM) gewachsen. Die Nettoverzinsung (PKV-Kennzahl B.5) konnte 1997 gegenüber dem Vorjahr um 0,4 % Prozentpunkte gesteigert werden und beträgt nun 8,0 % (7,6 %). Schon 1995 und 1996 war die Nettoverzinsung im Vergleich zu den jeweiligen Vorjahren deutlich erhöht worden. Sie bildet die Grundlage für die Ermittlung des Überzinsbetrages gemäß Paragraph 12a Versicherungsaufsichtsgesetz.

Versicherungsgeschäftliches Ergebnis

Nach Abzug der Leistungen und Kosten verblieb zum Bilanzstichtag ein versicherungsgeschäftliches Ergebnis von 119 Mio. DM (214 Mio. DM). Die versicherungsgeschäftliche Ergebnisquote betrug im Berichtsjahr 6,43 % (12,68 %).

Mitgliedschaften in Verbänden

Die CENTRAL ist Mitglied des Verbandes der privaten Krankenversicherung e.V., Köln; des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V., Bonn; der Wiesbadener Vereinigung, Köln, und des Arbeitgeberverbandes der Versicherungsunternehmen in Deutschland, München.

Neue Tarife der CENTRAL im Jahr 1997

Mit dem Tarif KJA bietet die CENTRAL Ärzten und deren Angehörigen seit Dezember 1997 einen Schutz mit einer speziellen Leistungsgestaltung an. Der KJA ist auf die besondere Lage – vor allem auch junger – Ärzte ausgerichtet. Grundgedanke dieses bisher einzigartigen Tarifs ist es, Ärzten durch eine entsprechende Tarifgestaltung einen Anreiz zur Kollegialbehandlung, also zur Behandlung eines Arztes durch einen anderen, zu reduzierten Preisen, zu bieten.

Im Ärztetarif KNA wurde 1997 eine Tarifstufe mit einer jährlichen Selbstbeteiligung von 3.000 DM eingeführt.

Die Gesetze, die im Rahmen der dritten Stufe der Gesundheitsreform vom Bundestag verabschiedet wurden, führten zu empfindlichen Leistungseinbußen für gesetzlich Versicherte. Alle Versicherten, die nach dem 31. Dezember 1978 geboren wurden, erhalten seit dem 1. Januar 1997 grundsätzlich keinen Zuschuß mehr zum Zahnersatz. Für die Betroffenen bietet die CENTRAL die nach verbandseinheitlichen Vorgaben gestaltete Zahnersatzversicherung ZEC50 an. Gleichzeitig wurde zum 1. Januar 1997 die Zahnersatzzusatzkomponente ZGZ, die eine vollwertige Leistung für Zahnersatz und Zahnbehandlung bietet und in Verbindung mit dem CENTRAL-Zusatztarif GZ abgeschlossen werden kann, eingeführt.

Innovation bei der CENTRAL

Im Mai des Berichtsjahres hat die CENTRAL ein EDV-gestütztes System zur maschinellen Risikoprüfung (MRP) eingeführt. Dieses System ermöglicht es, das subjektive und das objektive Risiko des Antragstellers mit Hilfe des Computers zu prüfen. Das Ziel besteht darin, die Risikoprüfung durch Ver-



Aufzugschacht und Differenztreppen am Gebäudeteil Hansaring 34

lagerung an den Point-of-Service weiter zu beschleunigen und die Entscheidungsprozesse im Rahmen der Risikoprüfung zu standardisieren. Im Februar des Berichtsjahres hat die CENTRAL bereits den Medical Risk Calculator (Merica) dem hauptberuflichen Außendienst auf Notebooks zur Verfügung gestellt. Damit ist die maschinelle Prüfung des Mehrbehandlungsrisikos direkt am Point-of-Service möglich. Mittelfristig soll nicht nur die medizinische Risikoprüfung, sondern die gesamte Vertragsannahme an den Point-of-Service verlagert werden.

Einführung des EURO

Die CENTRAL beabsichtigt, insbesondere die Bereiche „Policierung“ und „Leistung“ frühzeitig auf die neue europäische Währung umzustellen und – ebenso wie die mit der CENTRAL über gemeinsame Vertriebswege verbundenen Produktgeber im Konzern – aus den bestehenden DM-Tarifen abgeleitete EURO-Tarife anzubieten. In einem zweiten Schritt wird die Gesellschaft von Mitte des Jahres 1999 an sukzessive eine neue Generation von EURO-Tarifen auf den Markt bringen.

Ausblick auf das Jahr 1998

Die CENTRAL erwartet, daß 1998 die positive Geschäftsentwicklung der Gesellschaft weiter fortgesetzt wird und die Prämieinnahmen zwei Milliarden DM erreichen. Die Gesellschaft rechnet sowohl im Bereich der Zusatzversicherungen als auch bei den klassischen Krankheitskostentarifen weiterhin mit einer starken Neugeschäftsproduktion. Die allgemeinen konjunkturellen Rahmenbedingungen werden sich 1998 weiter verbessern. Führende Wirtschaftsforschungsinstitute prognostizieren ein Wachstum des Bruttoinlandsproduktes von etwa zwei bis drei Prozent. Auch die sozialpolitischen Rahmenbedingungen versprechen zumindest mittelfristig weiterhin gute Absatzchancen für die private Krankenversicherung. Bedingt durch die im Berichtsjahr realisierten tiefgreifenden Leistungskürzungen in der gesetzlichen Krankenversicherung ist vor allem im Bereich der Zusatzversicherung auch 1998 eine große Nachfrage zu erwarten.

Die problematische Finanzentwicklung hat die Politik offensichtlich gezwungen, aus der Not eine Tugend zu machen und sich auf das Subsidi-



Verglaste Aufzugkabine

diaritätsprinzip zu besinnen. Dieses Prinzip, auf dem die gesamte Wirtschafts- und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland beruht, besagt, daß der Staat sich nur um diejenigen Probleme kümmern soll, die von seinen Bürgern nicht in Eigenverantwortung gelöst werden können. Die aktuelle Bestandsentwicklung nicht nur der CENTRAL, sondern der gesamten Branche zeigt, daß dies auch von einer stark wachsenden Zahl von Verbrauchern erkannt wird.

Ordnungspolitische Rahmenbedingungen

Vor diesem Hintergrund sind die Forderungen bis zur einer vollständigen Abschaffung der privaten Krankheitskosten-Vollversicherung zu beurteilen, die in den letzten Monaten von Politikern erhoben worden sind. Die Realisierung solcher Vorschläge würde nicht nur Zehntausende sichere Arbeitsplätze vernichten. Sie würde außerdem das Ausmaß der in der gesetzlichen Krankenversicherung praktizierten, unter sozialen Gerechtigkeitsaspekten ohnehin kaum noch vertretbaren Umverteilung weiter vergrößern. Darüber hinaus würde sie zu einer grundlegenden Umwälzung unseres Gesundheitssystems führen: weg von dem seit Jahrzehnten bewährten System der gegliederten Krankenversicherung, hin zu einer planwirtschaftlich organisierten und reglementierten staatlichen Gesundheitsversorgung.

Die – ohnehin schon stark eingeschränkte – Wahlfreiheit zwischen privater Krankenversicherung und gesetzlicher Krankenkasse ist die Voraussetzung für einen Wettbewerb, der sich naturgemäß positiv für alle Verbraucher auswirkt – auch für die Mitglieder der gesetzlichen Krankenversicherung.

Grundrecht auf Eigenvorsorge

Es gibt keine überzeugenden Argumente für die Einführung einer allgemeinen Versicherungspflicht in der gesetzlichen Krankenversicherung. Im Gegenteil: Alle ordnungs-, sozial- und wirtschaftspolitischen Gesichtspunkte sprechen gegen eine solche Option. Die Verwirklichung der genannten Forderungen würde im Ergebnis auf einen nicht hinnehmbaren staatlichen Eingriff in verfassungsmäßig garantierte bürgerliche Grundrechte hinauslaufen.